

Alex Demirović\*

## Wahrheitskämpfe?

### Kapitalistischer Staat und Pandemie (Teil 2)

**Zusammenfassung:** Der zweite Teil des Artikels (der erste erschien in PROKLA 206) betrachtet die Organisation des Wissens durch den bürgerlichen Staat in der Coronapandemie. Die These ist, dass der Staat sowohl Wissen benötigt, um gesellschaftliche Prozesse zu verwalten, als auch die Dynamik dieses Wissens begrenzen muss, weil ansonsten in die politischen Entscheidungen Gesichtspunkte eingehen könnten, die Kapitalverwertung und Ordnung selbst zu gefährden drohen. Die Behauptung, dass Demokratie und Wissenschaft in ein gegensätzliches Verhältnis treten und letztere die Demokratie gefährdet, wird bestritten.

**Schlagwörter:** COVID-19, Experten, Intellektuelle, Macht, Demokratie, Vernunft, Relativismus

## Truth Struggles?

### Capitalist State and Pandemic (Part 2)

**Abstract:** The second part of the article (the first was published in PROKLA 206) deals with the organization of knowledge by the bourgeois state in the corona pandemic. The thesis is that the state needs knowledge in order to manage social processes and must also limit the dynamics of this knowledge, because otherwise aspects that threaten to endanger capital utilization and order themselves could enter into political decisions. The assertion that democracy and science are in conflict with one another and that the latter endangers democracy is denied.

**Keywords:** COVID-19, Experts, Intellectuals, Power, Democracy, Reason, Relativism

Das Verhältnis der Gesellschaft, der sozialen Klassen zum Staat hat sich mit der Pandemie verschoben. Auf der Grundlage einer kritischen Einschätzung neoliberaler Strategien wurde diagnostiziert, dass es seit den

---

\* Alex Demirović ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der PROKLA.

1980er-Jahren zu einer ausufernden Ökonomisierung und Schwächung des Staates durch Deregulierung und Privatisierung von Staatseigentum gekommen sei. Schon die enormen staatlichen Eingriffe nach der Finanzkrise 2008 und nun seit 2020 die zahlreichen Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemiefolgen legen den Schluss nahe, dass der Staat »zurück« sei. Das ist ein Fehlschluss – der Staat war nicht »weg«, sondern wurde neokonservativ und neoliberal zu einem starken Staat umgebaut. Drei Dynamiken waren zu beobachten: informelles Regieren mittels Governance, also Regierung der Selbstregierungen; rigide administrative Distanz gegenüber den Interessen der Lohnabhängigen und Auflösung des Klassenkompromisses, der mit Aufstiegsversprechen, Beschäftigungssicherheit und relativer Leistungsgerechtigkeit verbunden war; Ausbau der Überwachung und polizeilichen Sicherheit. In der Pandemie – aber auch schon zuvor mit Blick auf den autoritären Populismus – schlug das Pendel in die andere Richtung. In der Gesellschaft war die Angst zu beobachten, der Staat könnte autoritär werden. Unterschiedliche Strömungen vertraten diese These mit unterschiedlichen Erklärungen und Erwartungen. Liberale erwarteten die Einrichtung und Institutionalisierung des staatsrechtlichen Ausnahmezustands; autoritäre Populist\_innen verstärkten ihre Warnungen, die politische Klasse oder einige Mächtige könnten die Macht an sich reißen; Linke befürchteten eine autoritäre Herrschaft durch das Kapital oder die endgültige Durchsetzung einer neoliberal-biopolitischen Regierungsrationalität. Tatsächlich ist das Grundproblem bürgerlicher Herrschaft auch während der Pandemie wirksam: Die Ordnung soll aufrechterhalten werden, insbesondere die Kontinuität der Eigentumsverhältnisse, die Kontrolle über die Bevölkerung, die zentralen Funktionen und Reproduktionsmuster der Gesellschaft, die Handlungsfähigkeit staatlicher Apparate und Erhaltung der Macht. Trotz der Gefährdung der Gesundheit und des Lebens vieler Menschen soll gewährleistet sein, dass die Herrschenden nicht demoralisiert werden und am Sinn ihrer Führungsmacht zweifeln, die Investoren und Eigentümer das Dispositionsrecht über die Produktionsmittel, die Kontrolle über die Arbeitskräfte und Produktionsabläufe, die Immobilien und die Mieteinnahmen behalten, die in den Verwaltungen oder Polizeien tätigen Menschen nicht ängstlich auseinanderlaufen oder sich Massenprotest, Plünderung oder Aufruhr breit machen. Aber auch Angst und Panik sollen nicht derart entstehen, dass über ein bestimmtes Niveau hinaus Menschen psychisch erkranken und zusammenbrechen, apathisch werden oder in den Haushalten, in den Nachbarschaften oder in den Geschäften gewalttätig werden oder sich organisierte Gewaltakteure bilden. Das könnte Funktionsabläufe bedrohen oder soziale Verhältnisse zusammenbrechen lassen.

## Die Rekonfiguration der Staatsapparate

In ersten Teil dieses Aufsatzes (siehe PROKLA 206) habe ich argumentiert, dass es zu keiner Form der Ausnahmeherrschaft gekommen ist. Gerade autoritäre politische Kräfte (etwa Trump, Bolsonaro, Erdoğan, AfD, FPÖ) haben eher zu der ignoranten Regierungspraxis tendiert, die Pandemie laufen zu lassen und ihre Folgen sozialdarwinistisch hinzunehmen. Die Positionen der Herrschenden waren in sich widersprüchlich, diese betrachteten die ergriffenen Maßnahmen mit Vorbehalten und ermahnten sich selbst ständig, staatliche Einschränkungen so schnell wie möglich zurückzunehmen, zur Normalität zurückzukehren und die bürgerlichen Freiheitsrechte wiederherzustellen. Normalitätserwartungen bestimmten auch das politische Handeln: immer wieder wurden einschränkende Maßnahmen zu spät ergriffen oder Lockerungen zu früh ermöglicht, die jeweils die Verbreitung des Virus begünstigten. Dies gilt bis hin zum Auslaufen der Regelungen nach dem Infektionsschutzgesetz Ende März 2022 und dem Verzicht auf die Impfpflicht. Entscheidungsverfahren wurden eingerichtet, die neben die formellen staatlichen Prozesse traten und diese überlagerten. Aber es gab zahlreiche Konflikte in und zwischen Staatsapparaten. Die Nationalstaaten verfolgten verschiedene Strategien der Pandemiebekämpfung, sie wechselten die Strategien je nach Lage, sie beobachteten wechselseitig die Maßnahmen und standen dabei in einem engen politischen und wissenschaftlichen sowie mit Blick auf Impfstoffe und Medikamente in einem technologisch-industriellen Austausch, der von internationalen Organisationen begleitet wurde. In föderalistischen Nationalstaaten kam es immer wieder zu massiven Abweichungen der Bundesländer, Kantone oder Bundesstaaten von nationalen Regelungen und erheblichen Konflikten zwischen ihnen. Das geschah häufig mit Hinweis auf die unterschiedlichen Infektionszahlen, war aber sehr oft bedingt durch lokale oder regionale wirtschaftliche Interessen (etwa der Industrie, des Einzelhandels, des Gaststättengewerbes, der Landwirtschaft, der Tourismusbranche), durch Parteienkonkurrenz oder durch die spezifischen Haltungen gegenüber dem wissenschaftlichen Wissen und der entsprechenden Beratung. Denn es gab und gibt Querdenker\_innen oder Coronaleugner\_innen nicht nur in »der« Bevölkerung »da draußen«, sondern auch bei den politischen Führungspersonen, in den Verwaltungen, den Polizeien oder den Medien. Corona zu leugnen, wurde zur ideologischen Formel, um ein autoritär-populistisches Bündnis zwischen Teilen der Herrschenden und des Kleinbürgertums zu bekräftigen, zu erneuern oder zu schaffen, diese Gruppen zu bestärken und zu ihrer Mobilisierung beizutragen. Nicht zum ersten Mal in der Geschichte der bürgerlichen Herrschaft wurden solche Proteste aus den unteren Klas-

sen von herrschenden bürgerlichen Kräften angeregt und betrieben sowie die Bildung von Organisatoren und Meinungsführern unterstützt, um gegen die Konkurrenz im Machtblock und emanzipatorische gesellschaftliche Kräfte einen Hebel zu haben (vgl. Horkheimer 1988 [1936]).

Schnell wurde deutlich, dass der Staat mit Blick auf Gesundheit in eine Vielzahl von Behörden und Wissensinstanzen gegliedert ist, die unter »normalen« Umständen im Hintergrund operieren, aber mit der Pandemie in den Vordergrund treten, Widersprüche verdichten und Relevanz für die Entscheidungsprozesse gewinnen können. Das gilt zunächst für das Robert Koch-Institut. Als untergeordnete Behörde untersteht es dem Bundesgesundheitsministerium und trägt mit seiner Lageeinschätzung erheblich zu den politischen Entscheidungen bei. Nach innen stellt es ein eigenes Kräftefeld dar; mit seiner Definitionsmacht über die Faktenlage und seinen Empfehlungen für zu ergreifende Maßnahmen kommt es zu Spannungen mit dem Ministerium und der Regierung. Dazu gehören weiter das Paul-Ehrlich-Institut, die Gesundheitsminister auf Landesebene und die Gesundheitsbehörden (Gesundheitsämter), die Maßnahmen umsetzen müssen und deren Angemessenheit kommentieren. Dazu gehören wissenschaftliche Einrichtungen wie die Weltgesundheitsorganisation, private Geldgeber und Stiftungen (Bill und Melinda Gates Stiftung), die Johns Hopkins University, die Europäische Arzneimittelbehörde, der Deutsche Ethikrat, die Ständige Impfkommision, universitäre Forschungseinrichtungen, die Leopoldina, Helmholtz-Zentren und Max-Planck-Institute. Hinzu kommen Unternehmen (Biontech/Pfizer, Curevac), Labore und Krankenhäuser, die eigene Zahlen melden, fachnahe Organisationen (Kassenärztliche Bundesvereinigung, Marburger Bund, Deutsche Krankenhausgesellschaft, Deutsche Interdisziplinäre Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin, Krankenkassen), die mit institutionellem oder mit naturwissenschaftlichem Wissen die Bundes- und Landesregierungen beraten, außerdem die Feuerwehren, das Technische Hilfswerk, das Rote Kreuz, die Beerdigungsinstitute und Friedhofsverwaltungen. Die Regierungen haben jeweils Forschungen gefördert und eigene Expert\_innengremien eingerichtet. Die politischen Verantwortungsträger\_innen lassen sich auch individuell beraten. Zum kapitalistischen Staat gehört ein umfassender medizinisch-seuchenhygienisch-therapeutischer Apparat, der für die Verwaltung des Lebens, der Gesundheit und des Todes der Bevölkerung zuständig ist und sowohl im engeren Sinn staatliche als auch zivilgesellschaftliche Apparate umfasst, die differenziert die Gesellschaft und ihre Arbeitsteilung gliedern und zu Zentren der Konfliktaustragung werden können. Auch Unternehmen können plötzlich dazu gezählt werden, und Diskussionen über eine kriegswirtschaftliche Organisation tauchen auf.

Unter Bundeskanzlerin Merkel wurde Ende Februar 2020 ein Corona-Krisenstab eingerichtet, der bei Innen- und Gesundheitsministerium angesiedelt war und aus Vertreter\_innen verschiedener Ministerien bestand (Auswärtiges Amt, Verteidigung, Wirtschaft, Verkehr). Seine Aufgabe bestand darin, Schutzmaßnahmen zu erarbeiten, etwa mit Blick auf Großveranstaltungen, Schutzausrüstung oder grenzüberschreitenden Verkehr. Der neue Bundeskanzler Olaf Scholz hat beim Bundeskanzleramt einen Expertenrat eingerichtet, dem 19 Wissenschaftler\_innen vor allem aus dem Bereich Medizin angehören. Diese für die breitere Öffentlichkeit wenig namhaften Personen wurden als Mitglieder der beiden Gremien in den vergangenen zwei Jahren durch Radio, Fernsehen, Zeitungen oder Podcasts als organisierende Intellektuelle bekannt. Dabei wurde auch deutlich, dass die fachlichen Differenzen eng mit unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Positionen und Konflikten verbunden sein konnten. Ein politisches Arbeitsbündnis von Hendrik Streeck, Jens Spahn, Vertreter\_innen der Springer-Presse und dem damaligen Ministerpräsident Armin Laschet argumentierte im ersten Lockdown für eine rasche Öffnung; Melanie Brinkmann trat Anfang 2021 mit Vertreter\_innen einer neoliberalen Wirtschaftspolitik für No Covid ein, also einen radikalen Lockdown, der ausgerichtet an der Entwicklung der Inzidenzen dann regional flexibel gelockert werden sollte. So fügten sich die Expert\_innen gewollt oder ungewollt in die Strategien der politischen Kräfte ein und wurden von der Politik und den Medien zu Repräsentant\_innen für politische Entscheidungen gemacht. Gegen einige von ihnen wurden dann in den (sozialen) Medien Kampagnen organisiert, ihr Wissen wurde nicht geschätzt, sondern diskreditiert. Insbesondere Spahn hat gemeinsam mit der Springer-Presse die neoliberale Agenda verfolgt, immer wieder politisch taktiert und den Ernst der Lage oftmals verharmlost, notwendige Maßnahmen verschleppt oder haltlose Behauptungen aufgestellt und Versprechungen gemacht sowie Korruption gefördert. Deshalb hat Kanzlerin Merkel, die sich vor allem von Christian Drosten und Michael Meyer-Hermann beraten ließ und dafür auch kritisiert wurde (weil dies als zu einseitig galt), schließlich im Frühsommer 2021 Entscheidungen an das Kanzleramt gezogen.

Der im Dezember 2021 eingerichtete neue Expertenrat der aktuellen Regierung hat ein höheres Maß an Rationalität. Denn mit dem neuen Gremium kommt in institutionalisierter Form offenkundig mehr Sachkenntnis in den Entscheidungsprozess. Mit der Einbindung und Verlagerung des Fachwissens auf die staatlich-ministerielle Ebene verändert sich auch die politische Wissenspraxis. Die wissenschaftlichen Kontroversen der Fachleute, die lange Zeit in den Zeitungen und Talkshows als politischer Streit inszeniert und

ausgetragen wurden und weit in die Gesellschaft hinein zu Polarisierungen beigetragen haben (bis hin zu Gewalt- und Morddrohungen gegenüber den Wissenschaftler\_innen), werden näher an den politischen Entscheidungsprozess herangezogen und in diesen eingebaut. Dies verlagert die Konflikte auf das staatliche Terrain und verändert die Austragungsformen, da nun Vertraulichkeit verlangt ist. Die Konfliktmöglichkeiten zwischen den Wissenschaftler\_innen werden der Form nach begrenzt, weil sie nun direkt und kontinuierlich im politischen Zusammenhang in einem verbindlichen Gremium diskutieren müssen und in Gesundheitsminister Lauterbach einen breit akzeptierten, qualifizierten Gesprächspartner als Gegenüber haben. Lauterbach, der selbst als Epidemiologe wissenschaftlich tätig war, nimmt in Anspruch, seine Entscheidung stärker auf wissenschaftliche Beratung zu stützen. Gegenüber dem engen bürokratischen Krisenstab, der unmittelbar dem Willen der neoliberal-autoritären Minister Spahn und Horst Seehofer unterworfen war, stellt das neue Expert\_innengremium eine Verbesserung der politischen Beratung dar. Allerdings ist auch dieses Gremium noch eng naturwissenschaftlich ausgerichtet, und auch praktische Ärzt\_innen, Kulturschaffende, Pädagog\_innen, Psycholog\_innen, Soziolog\_innen, Sozialarbeiter\_innen oder Vertreter\_innen von Frauenhäusern hätten einbezogen werden sollen. Viele der beratenden Expert\_innen kennen sich aus den unterschiedlichsten Gesprächsformaten und wahrscheinlich werden das Beratungswissen und die Diskussionen redundant. Mit dem neuen Gremium kommt es zu einer Versachlichung der Diskussion, sie wird entpolitisiert, die gesellschaftlich polarisierende Dynamik wird eingedämmt. Paradoxerweise haben gerade die zahlreichen Widersprüche und Konflikte gezeigt, dass es viele Entscheidungsalternativen gibt, die Gegenstand demokratischer Diskussion sein könnten. Insofern wird das Pandemiegeschehen in einen staatlichen Arkanbereich zurückgenommen und politisch-medial verharmlost werden – obwohl die Inzidenzen, die Zahl der Toten und der von Long Covid Betroffenen nach wie vor hoch sind und es erforderlich wäre, in der Bevölkerung ein hohes Maß an Vorsicht auch mit Blick auf neue Mutationen des Virus aufrecht zu erhalten. Dass die im Bundestag vertretenen Parteien sich nicht auf eine Impfpflicht einigen konnten, hatte wenig mit der Einsicht zu tun, dass der Impfschutz schweren Erkrankungen vorbeugt. Vielmehr konnte sich in einem parteitaktischen Patt zwischen Regierung und Opposition sich ein liberales Freiheitsverständnis durchsetzen, wonach es allein um individuellen Selbstschutz geht. Dies stellt eine deutliche Schwächung der Wissenschaften dar. In der äußersten Konsequenz werden damit wissenschaftliche Beratung, Forschung und Impfstoffentwicklung selbst überflüssig.

## Expertokratie

Während der erste Krisenstab dafür kritisiert wurde, dass er oft ineffizient gewesen sei, werden im Fall des neuen Expertenrats verstärkt Befürchtungen laut, dass sich die Ministerien aus der Verantwortung stehlen könnten und er zu großen Einfluss auf die Entscheidungen gewinnen könnte.<sup>1</sup> Dieser Einwand ist ein allgemeiner Topos in der öffentlichen Diskussion. Vorgeworfen wird Wissenschaftler\_innen nicht erst neuerdings und auch nicht nur im Fall der Virologie oder Infektiologie, sondern auch der Wirtschaftswissenschaft, der Kriminologie, der Rechtsextremismus-, der Gletscher- oder Biodiversitätsforschung, dass sie ihre fachliche Kompetenz nutzen würden, um politische Entscheidungsmacht an den legitimen Instanzen vorbei an sich zu ziehen. »Da Ratschläge der Virologen in der Corona-Krise sogar die Einschränkung von Grundrechten begründen, wünschen sich Umweltschützer eine vergleichbare Autorität jetzt auch für Klimaforscher. Zum Vorschein kommt hier die Vorstellung eines wissenschaftlich feststellbaren Imperativs, der außerhalb jeder politischen Abwägung steht. Er wird auf die griffige Parole gebracht: »Mit dem Virus lässt sich nicht verhandeln – mit dem Klima auch nicht.« (Alexander 2021) Robin Alexander unterstellt den Wissenschaftler\_innen mit seiner Äußerung von vornherein antidemokratische und technokratische Bestrebungen. Dabei gibt es durchaus Gründe anzunehmen, dass seine Überlegung tendenziös gemeint ist und er als konservativer Journalist der Springer-Presse das Terrain der politischen Meinungsfestlegung im Kampf gegen Wissenschaftler\_innen verteidigt, indem er diese unter Ideologieverdacht stellt, ihre Wahrheitsansprüche schwächt und aus dem Feld staatlich relevanten Wissens verdrängen will. Aber für Wissenschaftler\_innen ist tatsächlich frustrierend, wenn die Politik deren Wissen, das in Forschungsberichten der Ministerien, von Enquete-Kommissionen des Bundestages oder von Gremien wie dem IPCC, dem Weltbiodiversitätsrat IPBES oder dem Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) vorgelegt wird, nicht oder nicht angemessen zur Kenntnis nimmt und nicht bereit ist, entsprechende Konsequenzen zu ziehen und ihren Empfehlungen zu folgen: etwa die Vermeidung von CO<sub>2</sub>-Emissionen, eine Reform des Strafrechts, ein Verzicht auf nationale Wettbewerbsstrategien oder die Verhängung eines Lockdowns. Das wissenschaftliche Wissen ist Ergebnis zeit- und arbeitsintensiver Theoriebildung, vieler kritischer Lektüren, kollegialer Gespräche und kontroverser Diskussionen. Oft handelt es sich um

1 Vgl. »Der General, der die Wende bringen soll«, <https://www.tagesschau.de/> (Zugriff 15.2.2022).

gesundheitlich belastende oder gar riskante empirische Überprüfungen von Hypothesen mittels monatelangen Feldforschungen (etwa in der Polarregion), Messungen, Studien, mit vielen Probanden und über längere Zeiträume hinweg durchgeführten Testreihen oder Interviews, detaillierten Beobachtungen von Krankheitsverläufen und komplizierten bildgebenden Verfahren, Befragungen, statistischen Auswertungen, komplexen Berechnungen oder aufwendigen Textanalysen. Wissenschaftliche Diskussionen, die über längere Zeit immer noch fallibilistisch offen waren, führen schließlich zu konsolidierten und geteilten Einsichten. Es gibt eine von Menschen herbeigeführte erdgeschichtliche Veränderung, die als Anthropozän oder Kapitalozän bezeichnet werden kann: den menschengemachten Klimawandel oder das sechste Massensterben der Arten. Es gibt gute Gründe dafür, dass die Politik das Wissen der Wissenschaftler\_innen, das in bestimmten Bereichen fast ausschließlich aus öffentlichen Mitteln finanziert wurde und an dessen Entwicklung über Jahrzehnte viele beteiligt waren, ernst nehmen und zur Entscheidungsgrundlage machen sollte. Aber gerade mit solchen Einsichten können sich die Kämpfe um Wahrheit intensivieren. Die Wissenschaftler\_innen selbst verhalten sich auch in ihren Forschungen schon parteilich: bei der Finanzierung, bei den Fragestellungen, bei der Durchführung der Forschungen. Die Politik selbst kann das Misstrauen in die Ergebnisse nähren, wenn die Ergebnisse nicht genehm sind, und einen Raum kontroverser Diskussionen schaffen: etwa, indem Positionen und Gegenpositionen mobilisiert werden, sodass konsolidierte Erkenntnisse wie bloße Meinungen erscheinen; oder, indem absichtsvoll weitere Forschungen oder Gutachten in Auftrag gegeben werden. Medien oder die Politik können behaupten, dass weitere Forschung nicht mehr notwendig sei oder umgekehrt die Zusammenhänge noch weiter untersucht werden müssten. Auch können Wissenschaftler\_innen als ideologisch diskreditiert und diese Beschuldigung genutzt werden, sich der Verbindlichkeit der Erkenntnis zu entziehen. Der Wahrheitsanspruch wird demnach mit politischen Argumenten relativiert, indem wissenssoziologisch ein partikulares Interesse der Wissenschaftler\_innen behauptet wird. Dem wird ein uneinlösbarer Neutralitäts-, Wertneutralitäts- und Allgemeinheitsanspruch entgegengehalten.

Die Wissenschaftler\_innen können allerdings durchaus einer spontanen Ideologie ihrer Wissenschaft unterliegen, durch die sie in ein positivistisches, nomothetisches Verhältnis zu ihrem Wissen treten. Ein solcher positivistischer Wissenschaftsglaube an die wahre Erkenntnis der einen Objektivität wird dann auch von Politikern oder Aktivist\_innen in den sozialen Bewegungen in Anspruch genommen. Das ist das herrschende Verständnis von Wissenschaft. Dessen Logik nach müssen die Wissenschaftler\_innen auf dem

Wahrheitsgehalt ihrer Erkenntnisse bestehen und darauf, dass sie unmittelbar relevant für die politischen Entscheidungsträger\_innen sein sollten – umso mehr, wenn sie von diesen auch zu Beratungen eingeladen werden und ihre Zeit in Beratungsgremien investieren oder plötzlich durch mediale Aufmerksamkeit aufgewertet werden. Wenn sie auf dem Wahrheitsgehalt ihres Wissens und entsprechenden politischen Entscheidungen beharren, wird ihnen vorgeworfen, die Position von Königsphilosophen einzunehmen, die das Gemeinwesen aufgrund von Einsichten lenken wollen, die den normalen Bürger\_innen und den von ihnen gewählten Repräsentant\_innen nicht zur Verfügung stünden. Das ist eine innere Dynamik der Praxis von Wahrheit selbst – diese werde despotisch, weil sie den Raum der politischen Auseinandersetzung und des politischen Handelns schließe (vgl. van Dyk 2017: 351; 2021: 72). Es kommt zu einer Dialektik der Wahrheit: ein höchstes Maß an Aufklärung durch wissenschaftliche Einsicht schlägt um in autoritäre Politik. Dort, wo den Bürger\_innen die Kompetenz abgesprochen wird und sie vielleicht gar als dumm angesehen werden, wo daraus geschlussfolgert wird, es sollten besser Expert\_innen oder Wissende herrschen und die Entscheidungen treffen, wird die Demokratie gefährdet (vgl. Bogner 2021: 41f.).

Die demokratische Politik ist ihrerseits nicht einfach demokratisch; vielmehr handeln die regierungsverantwortlichen Politiker\_innen autoritativ, um nicht zu sagen autoritär. Denn die Entscheidungen der Regierungsverantwortlichen sind nicht unmittelbar Ergebnis deliberativer Verfahren, sondern ergeben sich auf der Grundlage der Arbeitsteilung zwischen den Ressorts, sie kommen nicht-öffentlich, nicht-pluralistisch und hierarchisch zustande (vgl. Lepsius 2020: 269f.). Dadurch gibt es einen weiten Spielraum für Partikularismen, und der allgemeine Nutzen einer Entscheidung ist eher zufällig. Der politische Entscheidungsprozess ist – im besseren Fall - durch eine spontane Ideologie der Demokratie geprägt. Gesellschaftliche Verhältnisse erscheinen den Politikern als Ergebnis ihres politischen Willens; und weil sie gewählt sind, gilt ihre Entscheidungspraxis als demokratisch. Entsprechend müssen sie eine Einheit ihres Willens und ihrer Entscheidungen suggerieren, wo sie gar nicht vorhanden ist. Die opportunistische Umsetzung sich ändernder Interessen- und Kräftekonstellationen wird von ihnen als Lernen euphemisiert. So suggeriert die Politik, dass es zu ihrer autonomen Machtlogik gehört, nach internen Gesichtspunkten zu entscheiden, ob sie überhaupt auf wissenschaftlichen Rat hört und in welchem Maß sie dieses Wissen berücksichtigen will. Sie greift zwar auf wissenschaftliche Beratung zurück, aber dabei entscheidet sie immer auch über die für relevant erachteten Disziplinen und über die Berater\_innen. In Demokratien ist der Macht- und Entscheidungsprozess organisierter, die Willensbildung verfahrensförmiger und transparenter als in

autoritären Staaten, die politischen Entscheidungsträger sind institutionell gezwungen, nicht nur mächtige Interessenvertreter\_innen, sondern auch andere Stimmen anzuhören (vgl. Schmitt 1973 [1947]; 1954). Am Ende werden im Fall der repräsentativen Demokratie den gewählten Politiker\_innen Entscheidungen und Entwicklungen zugerechnet, für die sie die Verantwortung tragen, obwohl es sich de facto um komplexe Prozesse handelt, die kaum von einer Person allein entschieden werden. Wenn man von persönlichen Gründen absieht (etwa die Angst von Abgeordneten, in Parlamentsitzungen durch das Coronavirus angesteckt zu werden, oder Karriere Sorgen), kommt es im Umgang mit der Pandemie sicherlich zu Abwägungen zwischen verschiedenen Zielen. Durch ihre Funktionen gehören die meisten Politiker\_innen und höheren Beamten zur herrschenden Klasse: Ihre Aufgabe als politisches Führungspersonal ist es, die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und die entsprechende politische Ordnung zu erhalten. Aber damit sind nicht die Details und die Relevanz der Gesichtspunkte für die Entscheidungen jeweils festgelegt. Politiker\_innen stehen in einem permanenten engen Kontakt mit anderen Politiker\_innen, Verwaltungsangehörigen, Wissenschaftler\_innen, Vertretern der Medien und Verbänden oder mit Unternehmer\_innen. In diesen politischen und zivilgesellschaftlichen Prozessen werden Ziele überprüft, Strategien entworfen, Widersprüche ausgetragen, Konsens ausgearbeitet. Dabei geht es darum, die zukünftige Kapitalverwertung nicht zu gefährden, also Betriebe und Branchen zu sichern, Arbeitskräfte zu schützen und an die Betriebe zu binden, die Funktionsfähigkeit der Verwaltung zu erhalten, die Versorgung zu gewährleisten, Unzufriedenheit in der Bevölkerung zu vermeiden, Ausbildungs- und Bildungsprozesse nicht zu schädigen.

Wenn ein Konflikt zwischen demokratischer Politik und Wissenschaft nahegelegt wird, so ist das nur bedingt plausibel, denn beide Bereiche sind eng miteinander verschränkt. Politiker\_innen handeln ständig nach Gesichtspunkten des wissenschaftlichen Wissens und der Wahrheit. Das ist ein Machtkreislauf. Politiker\_innen, die entscheiden – und somit auch über Streitthemen, über relevante Wissensarten sowie die Existenz und Zusammensetzung von Expertengremien und Bündnisse mit Wissenschaftler\_innen –, können gar nicht anders und sind eingebunden in umfassende Expert\_innensysteme, in denen sie sich zu orientieren wissen (etwa Wirtschafts-, Rechts- oder Ingenieurwissenschaften). Nicht nur verfügen sie selbst über solches Wissen, sie müssen auch ständig Beratungswissen in Anspruch nehmen, da das Regieren des kapitalistischen Staates ohne Wissenschaft nicht möglich ist. Eher bestehen die Entscheidungen darin, welche Art von fachlicher Beratung als relevant gelten, welches Wissen mit welcher Macht versehen werden soll, welche Berater\_innen ausgewählt werden müssten. Schwierig wird es, wenn

weitreichende neue Sachverhalte auftauchen, für die gängige Beratungsroutinen nicht mehr greifen, Kräfteverhältnisse in den Beratungsgremien noch nicht klar sind oder ideologische Muster nicht helfen, die Probleme angemessen zu thematisieren und geeignete Lösungen zu entwickeln. So musste Spahn erfahren, dass das von ihm verfolgte neoliberale Programm der Fallpauschalen und der Absenkung der Einkommen der Pflegekräfte oder der Umstellung der medizinischen Betreuung auf Apps nicht funktioniert.

Wissenschaft ist ihrerseits intern mit Politik und Macht verbunden. Nicht erst neuerdings kommt es zu einer Epistemisierung des Politischen, wie Alexander Bogner (2021) behauptet. Die Ausübung von Macht ist vielmehr seit dem späten 18. Jahrhundert verwissenschaftlicht – wie Foucault für die Herausbildung der neuen Machttechnologien der Ökonomie, Statistik, Schule, Psychiatrie oder Strafjustiz gezeigt hat. Von der Seite der Wissenschaft kann kein einheitliches, apodiktisches, fachwissenschaftliches Wissen unterstellt werden, auf das sich Wissenschaftler\_innen wie selbstverständlich berufen können. Denn keineswegs steht so eindeutig fest, dass es jeweils unmittelbar in politische Handlungsanweisungen umsetzbar ist. Covid-19 ist eine durch Evolution bedingte emergente Infektionskrankheit. Erst allmählich und durchaus abhängig von fachdisziplinären Routinen und Paradigmen wurde in der Forschung Wissen über das Coronavirus, die von ihm verursachten Krankheiten und Krankheitsverläufe und Todesursachen, die möglichen Therapien oder die Verbreitung erarbeitet. Das ist fallibilistisches Wissen, das in Abhängigkeit von jenem paradigmatischen Raum konstruiert wird, in dem Probleme formuliert werden und das Sagbare bestimmt ist. Dieser Raum ist seinerseits politisch überdeterminiert. So ist die Existenz von Kliniken und medizinischen Instituten mit politischen Prozessen verwoben, ebenso die Unterscheidung des Gesunden und Normalen vom Kranken und Pathologischen, das medizinisch beobachtet, klinisch behandelt, statistisch erfasst und auf das politisch reagiert wird (vgl. Foucault 1973; Canguilhem 1974). Erkenntnisse hängen von lang- und kurzfristigen politischen Entscheidungen ab: etwa darüber, welche wissenschaftlichen Disziplinen es gibt und wie sie personell ausgestattet sind; ob ausreichend Kapazitäten für die Gensequenzierung oder PCR-Tests vorhanden sind; ob es schnell und umfassend zu Impfungen kommt und entsprechende Beobachtungen und Untersuchungen durchgeführt werden können.

## Das Scheitern der Wahrheit

Der Konflikt erscheint als einer zwischen Wissenschaft und Demokratie, zwischen Wahrheit und Macht. Bogner argumentiert, dass beide Bereiche sich ihrer Relativität vergewissern müssen. Die liberale Demokratie bevorzuge

eine Politik der kleinen Schritte. Die eigene Position und Wahrheit werden im Lichte der fremden, gegenteiligen Meinung relativiert, demokratische Entscheidungen sollen revidierbar und reversibel sein. Dazu passt eine wissenschaftliche Haltung, für die Skepsis, Selbstkritik und Misstrauen gegenüber starken Wahrheitsansprüchen kennzeichnend sind (Bogner 2021: 53). Allerdings dürfe die Wahrheitsidee auch nicht zu sehr relativiert werden. Sozialer Wandel lasse sich nur verstetigen, wenn es zu produktivem Dissens komme: »Und Dissens wird nur dann produktiv, wenn er zur Auseinandersetzung reizt. Jede Auseinandersetzung aber hat zur Voraussetzung, dass man in derselben Welt, in derselben Wirklichkeit lebt. [...] Der erfolgreiche Anspruch auf besseres Wissen lässt sich jedoch nur dort feststellen, wo die Kontrahenten eine gemeinsame Wirklichkeit teilen. Ein echter Konflikt braucht nicht einfach nur einen Meinungsgegensatz, sondern vor allem basale Gemeinsamkeiten zwischen den Konfliktparteien.« (Ebd.: 54f.)

Selbst wenn Bogner im liberalen Sinn pluralistisch für verschiedene Standpunkte und den demokratisch ausgetragenen Konflikt argumentiert, unterstellt er doch eine zugrunde liegende Einheit der Wirklichkeit. Auch die offiziellen Repräsentanten des Staates, also Bundespräsident Steinmeier, Kanzlerin Merkel oder Kanzler Scholz nahmen immer wieder gegen die Spaltung der Gesellschaft Stellung. Doch dies entspricht nicht der Wirklichkeit. Es bildet sich nicht die eine Welt, die Menschen leben nicht nur systemfunktional notwendige Rollen, sondern sie leben in verschiedenen Welten – es gibt harte soziale Gegensätze, ein geringes Maß an Begegnungen, einen nur partiell geteilten Horizont sowie fragwürdige und instabile Kompromisse. Die eine Welt zu behaupten, aber gleichzeitig jene Prozesse zu sabotieren und zu bekämpfen, die zur Aneignung und Gestaltung der einen Welt durch alle führen könnten, ist durchaus im bürgerlichen Interesse. Jene machtvolle Beschwörung der einen Welt ist pathogen, denn sie verdrängt, verleugnet, macht vergessen, dass die Menschen unter nicht frei gewählten Verhältnissen einer Klassengesellschaft leben, die von vielfachen Spaltungslinien durchzogen ist: »Klasse«, Nation, »Geschlecht«, »Rasse«. Die partikulare Welt der Herrschenden wird als Welt aller behauptet. Es wird so getan, als könnten sich auch die Subalternen als »Menschen« auf die eine Welt beziehen und gemeinsam darüber diskutieren, wie Entscheidungen ausfallen sollten – während doch gleichzeitig ein sozialer Krieg gegen sie stattfindet, ihre Erfahrungen öffentlich nicht Gehör finden und keines ihrer Probleme gelöst wird: die alltägliche Ausbeutung und Bereicherung durch wenige, die ökologische Degradation und Bedrohung der Lebensgrundlagen, die Durchdringung der Gesellschaft mit Konsumismus und Pornographie, der Nationalismus oder der Rassismus, die Verweigerung der intellektuellen Teilnahme am höchsten Stand des Wis-

sens, das Wohnen, die gesunde Ernährung, die Mobilität. Die Herstellung der einen Welt dort, wo sie nicht existiert, ist Herrschaft durch Abspaltung, Enteignung, Verdrängung, Schweigen. Der Staat stellt diese eine Welt nicht nur mit den Mitteln der Gewalt her, sondern auch mit der Konstitution eines Raums des Wahren, in dem Wahrheiten sagbar und hörbar sind: bestimmte Begriffe, Beweisführungen, Gegenstände, Sprechpositionen gelten als wahr, objektiv und verallgemeinerungsfähig und üben den zwanglosen Zwang des Arguments aus, auf das sich andere Argumentationsweisen und Objektivitätsbehauptungen beziehen müssen. Er zwingt nicht nur die verschiedenen Standpunkte zusammen, sondern organisiert, begünstigt, fördert, koordiniert und lenkt vielfältige Bemühungen, Maßstäbe der Objektivität, der Vernunft und der Wahrheit festzulegen.

Dies ist tatsächlich eine Hobbes'sche Situation (vgl. Hirsch 2021). Der religiöse Bürgerkrieg, auf den Hobbes mit seiner Theorie des »Leviathan« reagiert, war auch ein Bürgerkrieg zwischen Überzeugungen und Wahrheitsansprüchen. Die historischen Konflikte um Einhegungen des Gemeindelandes und Enteignungen der freien Bauern durch wenige private Grundbesitzer nahm die Form des religiösen Konflikts um den richtigen Weg zum ewigen Leben, zur Erlösung und zur Glückseligkeit an. Zwischen den Bürgerkriegsparteien und ihren jeweiligen Überzeugungen gab es keine geteilte Wahrheit, sie lebten in verschiedenen Welten. Hobbes unternahm den Versuch, mit den Methoden der Geometrie, also einer universell gültigen, unbestreitbaren Wahrheit, eine dritte Instanz zu begründen, den Staat. Der Staat, aus der Wahrheit hervorgegangen, sollte nicht nur das Monopol über die Mittel zur Ausübung physischer Gewalt haben, sondern auch das Entscheidungsmonopol über die Wahrheit. Weil sie mit geometrischer Beweisführung begründet sei, so die Hoffnung von Hobbes, finde die Souveränität ihre Grundlage in ewigen Naturgesetzen. Da aber auf die Vernunft der Menschen unbedingt Verlass sei, sei es umso wichtiger, die Afterwissenschaft und religiösen Heilslehren, und das heißt vor allem den Klerus, in die Schranken zu weisen und den Wissenschaften einen vom staatlichen Souverän kontrollierten Platz zuzuweisen. Wahrheit, Wissenschaft und Staat bildeten demnach einen Kreislauf der Macht. Aus diesem hegemonialen Zusammenhang müsste eine emanzipatorische Politik der Wahrheit das Wahr-Sagen herauslösen.

Der kapitalistische Staat ist Herrschaft kraft Wissens. Mit dieser Überlegung hat Max Weber (1980: 129) das Büro der staatlichen Verwaltung und Ministerien vor Augen, also Akten, Fach- und Dienstwissen fachgeschulter Beamte, die durch die Kontinuität ihrer Amtstätigkeit Politiker\_innen als Minister und Staatssekretäre hinsichtlich der Fachkenntnis überlegen sind. Nicos Poulantzas hat dieser Überlegung im Anschluss an Foucault einen klas-

senkritischen Akzent gegeben. Danach steht der Staat mit seinen Apparaten in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung auf der Seite der intellektuellen Arbeit. Denn diejenigen, die die Funktionen des Staates konzipieren und ausüben, sind vorwiegend Teil einer professionellen Gruppe (also Jurist\_innen, Ökonom\_innen, Sozialwissenschaftler\_innen, Ingenieur\_innen), die ihr Wissen nach staatlich festgelegten Mustern an staatlichen Einrichtungen erwerben. Selbst wenn die staatlichen Instanzen vieles nicht wissen und zudem das vorhandene Wissen keineswegs einheitlich zusammengeführt werden kann (auch wenn das durch leistungsfähige Computer, riesige Datenspeicher und automatisierte Prozesse ermöglicht werden soll), ist entscheidend, dass der Staat Definitionsmacht darüber ausübt, was als legitimes Wissen gilt, und dass er die Auseinandersetzung um Wissenspraktiken auf sein Terrain zieht, um Wissens- und Wahrheitskonflikten eine Form zu geben. Dies führt der Tendenz nach zu einer technokratischen Politik. Die moderne Gesellschaft besteht aus einer Vielzahl von durch Expert\_innenwissen bestimmten Praktiken, von denen behauptet wird, dass wir uns ihnen nicht entziehen können. Wenn wir zur Ärztin gehen, Auto fahren, in den Urlaub fliegen oder einen Computer nutzen, müssen wir solchen Expert\_innensystemen vertrauen und uns ihrer Dynamik überlassen. »Unter Modernitätsbedingungen werden Einstellungen des Vertrauens zu abstrakten Systemen normalerweise routinemäßig in den kontinuierlichen Ablauf der Alltagstätigkeiten eingebaut und durch die inneren Gegebenheiten des täglichen Lebens erzwungen.« (Giddens 1995: 115) Vertrauen sei kein aktives Handeln, sondern ein stillschweigendes Sich-Abfinden. Von den Apologeten der ersten und zweiten Moderne, der Neuen Mitte ebenso wie des Neoliberalismus, wird dieses Sich-Abfinden immer wieder herbei argumentiert: die Zwänge der Globalisierung und der Wettbewerbsfähigkeit, die Alternativlosigkeit oder die Marktkonformität der Demokratie waren dafür entsprechende Formeln in den vergangenen Jahrzehnten. Vielfach wurde dies als Postdemokratie (Colin Crouch), als Polizei (Jacques Rancière) oder als faktische Postpolitik kritisiert (vgl. auch van Dyk 2017: 358f.). Die Behauptung der Alternativlosigkeit war eine tausendfach wiederholte Lüge im Parlament, in den Regierungserklärungen und den Talkshows, die Anpassung der Demokratie an den Markt und der Sozialversicherung an die Kontingenz der Finanzmärkte war die Aufforderung zur Unterwerfung.

Dem Bürgertum gelang es allerdings nicht, mit Wahrheit auf Dauer eine Instanz zu schaffen, die den Antagonismus gesellschaftlicher Konflikte neutralisiert (Schmitt 1963 [1929]: 89). Wahrheit und Staat, von denen erwartet wurde, dass sie es könnten, wurden in den Streit hineingezogen und als Formen von Herrschaft kritisiert. Spätestens seit Marx wurden dagegen andere Praktiken der Wahrheit und der gesellschaftlichen Selbstorganisation

gesetzt. Carl Schmitt hat für das Bürgertum das Scheitern der Überlegung von Hobbes festgestellt. Nach Schmitt hat es mehrere Stufen des herrschaftlichen Versuchs zur Neutralisierung und Entpolitisierung der großen gesellschaftlichen Konfliktlinien gegeben. Waren im 17. Jahrhundert die religiösen Glaubensvorstellungen von der Erlösung das Zentralgebiet der Bildung gesellschaftlicher Antagonismen, so seien diese neutralisiert worden durch die großen metaphysischen Systeme. Die Konflikte zwischen diesen wurden neutralisiert auf dem neuen Zentralgebiet des Humanitär-Moralischen der Aufklärung. Danach sei es zu einer Verlagerung der Neutralisierung auf das Gebiet des Ökonomischen gekommen; und da auch hier erneut Antagonismen entstanden, wurde die Neutralisierung durch den technischen Fortschritt und Industrialismus versucht. Der Staat folgt diesem Prozess der Neutralisierungen und wird mit Ökonomie und Technik zum wissenden Staat. Technik gilt als endgültig neutraler Boden, des Friedens und der Verständigung (vgl. ebd.: 87, 89f.). In diese Tradition gehört auch die Technokratie-Diskussion des deutschen Konservatismus, der nach dem Scheitern des Nationalsozialismus darauf zielte, die Stabilität der Ordnung in die Technik selbst einzulagern. Demnach galten Technizität und naturwissenschaftliche Wahrheit als alternativlos. Dagegen hat Jürgen Habermas mit einer Moralphilosophie des kommunikativen Handelns angeschrieben, die zwar die Geltung objektiver Wahrheit gleichfalls als alternativlos begreift, aber sie einbettet in ein begründungsfähiges Vernunftgeschehen, das seine Grundlage in den kulturellen Prozessen sprachlicher Verständigung finden soll. Die sozialen Bewegungen haben seit den 1960er-Jahren die Alternativlosigkeit naturwissenschaftlichen, technischen, medizinischen oder ökonomischen Wissens nicht mehr akzeptiert. Die davon abgeleiteten politischen Entscheidungen standen im Großen wie im Kleinen zur Diskussion. Anthony Giddens, der als einer der Ideologen der Neuen Mitte der 1990er-Jahre erneut die Kraft quasi-geometrischer Beweisführung für die Alternativlosigkeit von Globalisierungsprozessen und bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen nutzen wollte, musste feststellen, dass die Individuen die technischen Systeme nicht einfach als Schicksal hinnehmen, sondern versuchen, die Chancen und Risiken abzuschätzen, auch wenn beide sich eng durchdringen und eine Abschätzung aufgrund des wechselnden Standes der wissenschaftlichen Erkenntnis schwierig ist.

»Die pragmatische Hinnahme läßt sich mit Bezug auf die meisten abstrakten Systeme durchhalten, die sich auf das Leben des einzelnen auswirken, doch es liegt im Wesen dieser Einstellung, daß sie nicht ständig und nicht im Hinblick auf alle Tätigkeitsbereiche aufrechterhalten werden kann. Denn die neu eintreffenden Fachinformationen sind häufig fragmentarisch und wider-

sprüchlich, und das gleiche gilt auch für das immer in Umlauf gebrachte Wissen, das Kollegen, Freunde und enge Vertraute untereinander weitergeben. Auf persönlicher Ebene müssen Entscheidungen getroffen und Maßnahmen festgelegt werden.« (Giddens 1995: 184)

Gleichgültigkeit und Hinnahme wechseln mit Engagement und Kritik an den technischen Gegebenheiten. Die sozialen Gegensätze lassen sich in kapitalistischen Klassengesellschaften nicht stillstellen. Die antagonistischen Energien und Dynamiken flottieren durch den sozialen Raum und können einzelne Bedeutungselemente aufladen. An jedem von ihnen können sich die gesellschaftlichen Widersprüche entzünden, jedes kann auf unvorhersehbare Weise zum Repräsentanten eines Antagonismus werden, Menschen zusammenbringen und als Kollektiv handeln lassen (Laclau/Mouffe 1991). Die Krise der Repräsentation betrifft nicht nur die politischen Parteien, sondern auch die Begriffe und die festgezurrten Räume des Wahren. Erklärungsbedürftig ist weniger der allfällige Bruch mit dem Wahrheitsregime, sondern vielmehr, dass der Protest nicht zu einem neuen, radikalen Verständnis emanzipatorischer Wahrheit geführt hat.

## Die Krise des Wahrheitsregimes

Bei allen Wahrheits- und Objektivitätsansprüchen und Verwissenschaftlichungen ist die Politik der Herrschenden durchsetzt mit vielfältigen Formen der Unwahrheit: Geheimniskrämerei, Beschönigung, Lüge, Tendenziosität, irrationalen und pathogenen Wirklichkeitskonstrukten. Die bürgerliche Klasse will die Wirklichkeit der von ihr erzeugten Verhältnisse nur partiell und nutzenorientiert wissen. Die Praktiken von Hitler, Stalin, Trump, Putin, Xi Jinping oder Erdoğan sind nur äußerste Formen von Mechanismen der Erzeugung von Wirklichkeit, die nicht existiert, die aber durch Macht ins Sein gebracht wird und die Marx als bürgerliche Traumgeschichte analysiert hat: Wert, Geld, Staat, Nation, »Volk«, »Klasse«, »Rasse«, »Geschlecht« (vgl. Demirović 2021a). Da jene Wirklichkeitsproduktionen eine der Formen bürgerlicher Macht sind, ist es schwierig und konfliktreich, dagegen anspruchsvolle Begriffe der Theorie, Wahrheit, Vernunft und Objektivität zur Geltung zu bringen. Die genannten Politiker können Menschen herabsetzen, sie ins Gefängnis bringen, mit Gewalt und Mord bedrohen oder tatsächlich morden lassen. Dafür finden sie breite Unterstützung. Präsident Trump hat nachweislich tausende Male gelogen und mit der Lüge immer wieder kokettiert. Aber das hat ihm bei seinen Wähler\_innen nicht geschadet, nicht einmal dann, wenn es offensichtlich Verstoß und Verrat an eigenen, konser-

vativen Überzeugungen war (vgl. van Dyk 2017: 349; vgl. Demirović 2021b). Ihm ist gelungen, die Grenzen zwischen Wahrheit und Lüge zu erschüttern und letztlich eine eigene Wirklichkeit zu behaupten, einfach, weil er es aufgrund von Macht konnte: die Wirklichkeit durch Lüge, Häme, Infamie, Leugnung und Korruption anzuordnen und viele Menschen auf diese Objektivität und entsprechende Praktiken zu verpflichten. Kohärenz, Logizität, Fakten, Wahrhaftigkeit werden in diesem Wahrheitskampf ihrerseits abgewertet. Die Menschen werden dadurch nicht einfach nur desorientiert, traumatisiert, wahnhaft. Wenn die Menschen in der klassen- und geschlechtergespaltenen, naturzerstörenden, rassistischen Gesellschaft ohnehin in verschiedenen Welten leben, werden diese Welten durch die autoritären Politiken gerade nicht überwunden. Die umfassenden Apparate des Staates und der Zivilgesellschaft bestärken vielmehr eine affirmative Haltung dazu und setzen sie – insbesondere durch Kulturindustrie, Marktforschung und soziale Medien – schnell und jeweils neu und maßgeschneidert zusammen. Das führt in der Führung der Subalternen zu paradoxen Effekten: dass Mächtige den Machtblock spalten, auf einzelne seiner Teile ihr politisches und mediales Personal zeigen, diese der Herrschaftsusurpation, der Reichtumsaneignung oder der Korruption bezichtigen, die Ideologiekritik in die Hand nehmen, Machtkonflikte auf verschobene Weise sichtbar machen und gerade dadurch Konsens mobilisieren. Merkel konnte demgegenüber durchaus rational wirken, doch galt das jeweils nur für den Moment, weil sie für die Lösung der umfassenden gesellschaftlichen Probleme keine Strategie ausgearbeitet hatte, die als wahrheitsfähiger Konsens angesehen wurde.

Wenn von Menschen in Deutschland gegen die Maßnahmen der Regierung gegen die Pandemie protestiert wird, dann wird die Kritik an der »Impf- oder Corona-Diktatur« der Regierung Merkel und ihrer »faschistischen Biopolitik« im Namen von Demokratie, Freiheit und Wahrheit, von Grund- und Menschenrechten geäußert. Zwar wird eine autoritär-populistische Form der Herrschaftskritik praktiziert; aber sie wird artikuliert mit dem Anspruch, die Dispositive der Demokratie und der Wahrheit gegen Herrschaft und Lüge durchzusetzen. Am deutlichsten und absurdesten wird dieser Anspruch, wenn die Maßnahmen-Gegner\_innen sich in die Rolle der antisemitisch verfolgten Jüd\_innen und KZ-Häftlinge simulieren und gleichzeitig, den Mythos der jüdischen Weltverschwörung zu aktualisieren. Die Art und Weise, wie diese Kategorien in Anspruch genommen werden, wurde kritisiert. Freiheit wird als die negative Freiheit gefasst, die erlaubt zu tun, was man in der Verantwortung für sich selbst für richtig hält. Nicht einmal das liberale Rechtsstaatsverständnis, dem folgend die eigene Freiheitssphäre dort aufhört, wo sie die anderer Personen verletzt, wird noch angemessen einbezogen. Ein Merkmal

von Seuchen ist, dass das eigene Verhalten nicht nur für die eigene Person, sondern eben auch für andere folgenreich ist. Um den rücksichtslosen Freiheitsbegriff zu verteidigen, kommt es zu einem teilweise verbissen geführten Kampf um die Wahrheit. Der politische Streit wird in der Form eines epistemisierten Streits ausgetragen. Im Prinzip werden alle relevanten Fakten bestritten: dass das Virus existiert, woher es kommt, ob es krank macht oder tödlich ist; dass Masken schützen; dass die Abstandsregelungen oder Lockdownmaßnahmen sinnvoll sind; dass die Impfstoffe wirken oder ob sie nicht sogar ihrerseits negative Gesundheitsfolgen haben. Die Politiker\_innen ebenso wie die Ärzt\_innen und Pflegekräfte oder die Wissenschaftler\_innen und Journalist\_innen werden als Lügner dargestellt und vielfach beleidigt und bedroht. Offensichtlich sind kleinere Teile der Gesellschaft nicht bereit, sich den medizinischen Expert\_innen anzuvertrauen. Sie bestreiten den Wahrheitsanspruch der Wissenschaftler\_innen und der Politik. Aber vielfach agieren sie nicht unmittelbar irrational. Dieser eigentümliche Sachverhalt wird vielfach beobachtet: Eine Strömung unter den Coronaleugner\_innen, Querdenker\_innen oder Hygienesdemonstrant\_innen reklamiert für sich empirische Evidenz, statistische Beweisführung und Wahrheit. Deswegen kann das als eine epistemische Resouveränisierung betrachtet werden (Amlinger/Nachtwey 2021: 17). Die Aktivist\_innen beanspruchen für sich, es besser zu wissen und über ein Gegenwissen zu verfügen, das von den offiziellen Wissenschaften und den Medien marginalisiert oder verschwiegen wird. In diesem Verständnis ist das Aufklärung, teilweise ressentimenthaft vorgebrachte Aufklärung und aggressiv-hämisches Besserwissen. Dazu gehört das Wissen von Gegenexperten wie Naturheilkundler\_innen oder Vertreter\_innen sanfter Therapieformen; aber auch die Nutzung alternativer Informationen aus dem Internet, aus Youtube-Kanälen, Fernsehsendern wie Russia Today oder Erfahrungsaustausch in Chatgruppen. Die Skepsis gegenüber dem schulmedizinischen Expertenwissen erwies sich in puncto Infektiosität, Krankheits- und Pandemieverlauf, Statistik immer wieder als berechtigt. Doch wurde dabei übersehen, dass die Expert\_innen ihrerseits selbst kritische Diskussionen führten, die Anlass zu weitergehenden Forschungen wurden. Bemerkenswert am Misstrauen und der Kritik an herrschender Politik und Medien ist, dass es getragen wird von relevanten Parteien – von Teilen der CDU/CSU, FDP, vor allem der AfD –, und von Teilen des Bürgertums, Kräften, die unter verschiedenen Titeln wie Politische Korrektheit, Cancel Culture, Wokeness seit langem und in immer neuen Wellen einen Kulturkampf gegen die Linke, gegen »68«, gegen feministische, queere und antirassistische Initiativen sowie gegen die Antifa führen. Unter den Protestierenden finden sich viele Individuen aus dem Kleinbürgertum mit höherer Ausbildung und entspre-

chenden Berufen – also Ärzt\_innen, Therapeut\_innen, Lehrer\_innen (vgl. auch Nachtwey/Schäfer/Frei 2020: 8f.). Sie stoßen vielfach auf Verständnis bei der Polizei und in der Justiz; die Medien sind häufig nicht nur verständnisvoll, sondern befeuern die Proteste, indem sie über Wochen und Monate auch von den kleinsten Demonstrationen und Spaziergängen berichten; und die Intellektuellen, also die Sprecher\_innen und Organisatoren, der Proteste werden bekannt gemacht (vgl. Gess 2021). Ein kleinbürgerlicher Mob wird regelrecht aufgebaut, der sich feindselig gegen Mandatsträger\_innen, Journalist\_innen, Wissenschaftler\_innen oder Linke richtet. Das Verhältnis der Klassen zueinander und zum Staat wird reorganisiert.

Nach meinem Verständnis handelt es sich um einen genuinen Kampf auf dem Feld des Wissens um strategische Positionen des gesellschaftlich verbindlichen Wissens und um den Status der Wahrheit und der mit ihr verbundenen Praktiken von Intellektuellen. Deswegen deswegen können diese Wissenspraktiken nicht nur intern als Ergebnis einer Epistemisierung der Politik erklärt werden wie Bogner vorschlägt. Denn wenn man so vorgeht, reduziert sich das Problem darauf, ein Spannungsfeld von Demokratie und Expertenwissen zu konstruieren und die demokratische Souveränität durch Expert\_innen wenn nicht bedroht, doch eingeschränkt zu sehen. Damit gerät allerdings aus dem Blick, dass das Feld des Wissens selbst staatlich verfasst ist und eine Form darstellt, in der sich Klassengegensätze verdichten, die hier als strategischer Konflikt zwischen zwei Kategorien bürgerlicher Intellektueller – Politiker\_innen und Wissenschaftler\_innen – ausgetragen werden. Auf zwei Gesichtspunkte will ich hinweisen.

Was wir erfahren, ist *erstens* eine neue Phase der Dialektik der Aufklärung. Aufklärung sollte Furcht von den Menschen nehmen. Entsprechend lassen sich auch die Corona-Protestierenden verstehen, sie wollen sich von der Regierung keine Furcht einreden lassen. Doch führt das zu einer Regression der Aufklärung. Denn es wird zurückgegriffen auf frühere Stufen der Aufklärung. So werden neue Methoden naturwissenschaftlicher Erkenntnis und der Impfstoffentwicklung bestritten. Die Beweisführungen für die Argumente stützen sich vielfach auf Gerüchte. Dort, wo alternativmedizinisches Wissen vielleicht von Bedeutung sein könnte, wird es nur selten in ein Verhältnis zu schulmedizinischen oder epidemiologischen Praktiken oder einfachen Schutzregeln gesetzt. Wissens- und herrschaftssoziologische Annahmen werden vertreten, die der Denunziation dienen, aber wenig erhellend sind, was die Interessenlagen betrifft: Warum sollten statistische Zahlen gefälscht, warum eine Viruserkrankung hochgespielt werden? Das führt in der Folge zu Erklärungen, die nicht haltbar sind. Sie haben aber die Wirkung, die begriffliche Aneignung und Erklärung kapitalistischer Herr-

schaftsverhältnisse in ein falsches Licht zu rücken. Rationale Erklärungen nehmen nun die Form von Personalisierung und Verschwörung mit einem durchaus antisemitischen Akzent an. Dabei ist es gerade auch in der Pandemie wichtig, die Praktiken der Akteure, Interessenlagen und Entscheidungen genau in den Blick zu nehmen. Die Wirklichkeit von Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, die Politik der Banken, die medizinische Versorgung und Verwaltungsmacht, die dringlichen Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung verschwinden hinter der Aufmerksamkeit, die die Corona-Protestierenden auf sich ziehen.

Aufklärung und Demokratie unterstellten *zweitens* richtigerweise, dass alle Individuen vernunft- und einsichtsbehaftet sind. So gehört zu den Merkmalen der Demokratie das Recht einer jeden Person, eine Meinung zu haben, diese als Wahrheit zu vertreten und für diese Wahrheit im Zweifelsfall zu lügen. Eine Meinung zu haben, mag demokratisches Recht sein, ist aber nicht Einsicht. »Vernunft ist unter keinen allgemeineren Begriff von Glauben oder Meinung zu subsumieren. Sie hat ihren spezifischen Gehalt an der Kritik dessen, was unter diese Kategorien fällt und an sie sich bindet. Das individuelle Moment des Für-wahr-Haltens [...] ist der Vernunft unwesentlich. Ihr Interesse ist die Erkenntnis; nicht, wofür diese sich hält. Ihre Richtung führt das Subjekt von sich weg, anstatt es in seinen ephemeren Überzeugungen zu bestärken.« (Adorno 1977 [1961]: 582) Das ist der entscheidende Gesichtspunkt: Begriffliche Erkenntnis ist Arbeit, die dezentriert und entsubjektiviert, sie objektiviert sich in der umfassenden Arbeit an der Theorie der Gesellschaft. Was wir real erleben, ist das Ergebnis der Praktiken der realen Verdummung. Das ist nicht elitär gemeint, sondern weist auf den Tatbestand, dass die ihrem Selbstverständnis nach vernünftige Gesellschaft auf den vielen Demonstrationen ein weiteres Mal mit ihrem Scheitern der Aufklärung konfrontiert wird: einer Vielfalt von esoterischen Ideen, Con-Spiritualismen (Schäfer/Frei 2021), unzusammenhängenden Behauptungen, abstrusen Überzeugungen, pathischen Meinungen, die mit Politik und Medien ein organisches Arbeitsbündnis bilden. Die Meinungen werden nicht bearbeitet, es gibt keine Bemühungen, die Individuen an der Arbeit an Begriffen teilhaben zu lassen. Die Verdummung ergibt sich aus Fernsehprogrammen, Filmen, Musik, daraus, dass politische Bildung immer weiter eingeschränkt wurde, dass zwar mehr Menschen studieren, aber an den Hochschulen das Wissenschaftsverständnis in Positivismus aufgeht und ein kritisches Verständnis der Zusammenhänge marginalisiert wird. Deswegen wäre auch falsch, angesichts dieser autoritär-populistischen Wahrheitspolitik auf die harten Fakten oder die feststehenden Naturgesetze zu verweisen, die anerkannt und zum Richtmaß der Politik gemacht werden müssen, wie das

in der Umweltbewegung, aber auch in der Bekämpfung der Pandemie immer wieder gefordert wird. Die Unterscheidung von Subjekt und Objekt, einer Welt »da draußen« und »uns«, von Fakten, denen wir uns beugen, und moralischen Normen oder Werten, über die wir streiten, und an denen wir uns dann handelnd ausrichten, ist ein Rückfall der Aufklärung; und ebenso ein Defaitismus der Vernunft gegenüber denen, die immer schon Anstoß an der materialistischen Theorie genommen haben und sie unter dem Titel des postmodernen Relativismus bekämpfen. Erkenntnisse, Begriffe, Theorie sind Konstruktionen, Ergebnis von theoretischer Praxis – von konkreten Menschen in konkreten historischen Auseinandersetzungen. Das spricht nicht gegen, sondern gerade für Erkenntnis. Denn wir wählen Erkenntnisse und Wahrheiten nicht wie Waren im Kaufhaus, wir sehen die Welt nicht einfach anders, wenn wir eine andere Brille aufsetzen. Das entspricht der liberalen Vorstellung, dass es die vielen individuellen Sichten gibt, aber die eine und immer gleiche Welt: Natur, Wirtschaft, Familie, Staat. Doch Begriffe, Erkenntnisse, Theorien sind Ergebnis kollektiver Arbeit, in sie gehen Erfahrungen, Diskussionen, Praktiken, Wissen vieler Menschen ein. Sie stellen spezifische intellektuelle Verhältnisse dar, die sich durch Erkenntnisarbeit und die Positionen der Individuen darin ändern. Diese Historizität, dieser Zeitkern der Wahrheit ist das, was konkrete, verbindliche Einsicht von konkreten Menschen im konkreten Verhältnis zur objektiven Realität möglich macht. Diese konkreten Konstruktionen tragen dazu bei, dass Menschen kooperativ ihre Welt, ihre Praktiken und die langfristigen Tendenzen des gesellschaftlichen Zusammenlebens erkennen und dessen Probleme derart lösen, dass sie historisch überholt werden. Das schließt gerade ein, das Wahre nicht fallen zu lassen, so Max Horkheimer (1988 [1935]: 319), sondern an den Wahrheiten als historisch verbindliches Wissen festzuhalten und sie durch die Produktion neuer Erkenntnisse weiterzuentwickeln. Dabei geht es nicht allein um das Wissen, sondern das Wissen als Verhältnis, darum, dass alle zu Intellektuellen werden und sich auf der Höhe der Begriffe und Erkenntnisse bewegen; dass alle an den Wahrheitskämpfen teilnehmen, an Kämpfen um den Status der Wahrheit, der nicht allein durch das Wahr-Sagen privilegierter Personen bestimmt wird, sondern durch die Gesamtheit der Verhältnisse, in denen Wahrheit und Erkenntnis ihren Platz einnehmen: »von der kompromißlosen Anwendung der als wahr erkannten Einsicht hängt zum großen Teil Richtung und Ausgang der geschichtlichen Kämpfe ab. [...] Die Wahrheit wird vorwärtsgetrieben, indem die Menschen, die sie haben, unbeugsam zu ihr stehen, sie anwenden und durchsetzen, ihr gemäß handeln, sie gegen alle Widerstände aus zurückgebliebenen, beschränkten, einseitigen Standpunkten zur Macht bringen.« (Ebd.: 296)

## Literatur

- Adorno, Theodor W. (1977 [1961]): *Meinung Wahn Gesellschaft*. In: Ders.: *Gesammelte Schriften*, Band 10.2. Frankfurt/M.
- Alexander, Robin (2021): *Machtverfall. Merkels Ende und das Drama der deutschen Politik: Ein Report*. München [E-Book].
- Amlinger, Carolin / Nachtwey, Oliver (2021): *Sozialer Wandel, Sozialcharakter und Verschwörungsgedanken in der Spätmoderne*. In: *APuZ* 35-36: 13-19.
- Bogner, Alexander (2021): *Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet*. Stuttgart.
- Canguilhem, Georges (1974): *Das Normale und das Pathologische*. München.
- Demirović, Alex (2021a): *Der Wirklichkeitsstatus der bürgerlichen Gesellschaft. Zu Marx' Kritik der Vorgeschichte als Traumgeschichte*. In: Thomas Sablowski u.a. (Hg.): *Auf den Schultern von Karl Marx*. Münster: 83-108.
- (2021b): *Ideologiekritik – oder die Veränderung dessen, was als objektiv gilt*. In: Beyer, Heiko / Schauer, Alexandra (Hg.): *Die Rückkehr der Ideologie*. Frankfurt/M./New York: 25-60.
- van Dyk, Silke (2017): *Krise der Faktizität? Über Wahrheit und Lüge in der Politik und die Aufgabe der Kritik*. In: *PROKLA* 188 47(3): 347-367. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v47i188.65>.
- (2021): *Die Krise der Faktizität und die Zukunft der Demokratie*. In: Seeliger, Martin / Seignani, Sebastian (Hg.): *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit? Leviathan Sonderband 37*. Wiesbaden: 68-90.
- Foucault, Michel (1973): *Die Geburt der Klinik. Eine Archäologie des ärztlichen Blicks*. München.
- Gess, Nicola (2021): *Halbwahrheiten. Zur Manipulation von Wirklichkeit*. Berlin.
- Giddens, Anthony (1995): *Konsequenzen der Moderne*. Frankfurt/M.
- Hirsch, Joachim (2021): *Was ist aus der Linken geworden? (7.11.2021)*. URL: <http://wp.links-netz.de/>, Zugriff: 27.12.2021.
- Horkheimer, Max (1988 [1935]): *Zum Problem der Wahrheit*. In: Ders.: *Gesammelte Schriften*, Band 3. Frankfurt/M.
- (1988 [1936]): *Egoismus und Freiheitsbewegung*. In: Ders.: *Gesammelte Schriften*, Band 4. Frankfurt/M.
- Laclau, Ernesto / Mouffe, Mouffe (1991): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien.
- Lepsius, Oliver (2020): *Grundrechtsschutz in der Corona-Pandemie*. In: *Recht und Politik* 56(3): 258-281. DOI: <https://doi.org/10.3790/rup.56.3.258>.
- Nachtwey, Oliver / Schäfer, Robert / Frei, Nadine (2020): *Politische Soziologie der Corona-Proteste. Grundausswertung*. URL <https://idw-online.de/>, Zugriff: 15.3.2022. DOI: <https://doi.org/10.31235/osf.io/zyp3f>.
- Schäfer, Robert / Frei, Nadine (2021): *Rationalismus und Mystifikation: Zur formalen Pathetik des Dagegenseins*. In: *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik* 5: 391-410. <https://doi.org/10.1007/s41682-021-00095-9>.
- Schmitt, Carl (1954): *Gespräch über die Macht und den Zugang zum Machthaber*. Pfullingen.
- (1963 [1929]): *Das Zeitalter der Neutralisierungen*. In: Ders.: *Der Begriff des Politischen*. Berlin.
  - (1973 [1947]): *Der Zugang zum Machthaber, ein zentrales verfassungsrechtliches Problem*. In: Ders.: *Verfassungsrechtliche Aufsätze*. Berlin.
- Weber, Max (1980): *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen.